

Kommentar

„KLARE KANTE“ ZEIGEN IST NOCH KEINE AUSSENPOLITIK

Matthias Naß über die Notwendigkeit, außenpolitische Härte mit Kompromissfähigkeit zu verbinden

Außenpolitik muss zweierlei leisten: Sie muss die liberalen, westlichen Werte verteidigen (die im Übrigen universelle Werte sind), und sie muss die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes vertreten. Zwischen beiden Zielen kommt es unweigerlich immer wieder zu Konflikten. Wer bei Despoten und Autokraten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung vor den Menschenrechten einfordert, muss mit harten Reaktionen rechnen.

Dennoch müssen Demokraten bereit sein, Diktaturen gegenüber „klare Kante“ zu zeigen. Das war so 1989 nach dem Blutbad auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ in Peking. Das war so nach der russischen Annexion der Krim 2014. Und das war so beim Streben Irans nach Atomwaffen.

„Klare Kante“ allein aber ist noch keine Außenpolitik. Ungewissheit lässt sich so nicht vertreiben. Wer anderes verspricht, vernebelt selber die Wirklichkeit. Ohne Kompromisse geht es nicht. Selbst mit dem unappetitlichsten Regime muss man sprechen, wenn man etwas bewirken möchte. Für einen Alliierten wie die Türkei gilt es allemal.

Die Massenverhaftungen, mit denen die Regierung Erdogan auf den Putschversuch vom 15. Juli 2016 reagiert hat, waren eine maßlose Überreaktion. Europa und die USA haben sie zu Recht verurteilt. Gleichwohl arbeiten sie weiter eng mit der Türkei zusammen. Wie auch nicht? Ohne die Türkei können wir weder die Flüchtlingskrise bewältigen noch den Terrorismus des „Islamischen Staates“ bekämpfen. Nicht das Gespräch mit Ankara zu suchen, wäre ein Akt politischer Torheit.

Wenn dann aber die Bundesregierung einen politischen Schleiertanz um die Armenien-Resolution des Bundestags beginnt, dann verwischt sie

nicht nur jede „klare Kante“; dann verwirrt sie Türken wie Deutsche gleichermaßen und nimmt der Resolution ihre moralisch-politische Kraft.

Im Umgang mit Russland war das Verhalten klarer. Als Antwort auf Wladimir Putins Annexion der Krim und die Destabilisierung der Ostukraine hat der Westen Sanktionen gegen Russland verhängt. Diese sind bis heute in Kraft – ein Beweis dafür, dass der Westen sehr wohl in der Lage ist, geschlossen zu handeln. Ohne die Einheit des Westens hätte es die Vereinbarung von Minsk nicht gegeben. Wie unzulänglich deren Umsetzung auch immer sein mag, eine weitere Eskalation konnte vermieden werden. Putin zahlt einen empfindlichen Preis für seine Aggression. Es ist ihm nicht gelungen, einzelne westliche Staaten gegeneinander auszuspielen. Eher hat er den Westen in seiner Geschlossenheit noch bestärkt, wie sich beim Gipfel der NATO in Warschau zeigte. Gleichwohl war es richtig, den Dialog wieder aufzunehmen, etwa im NATO-Russland-Rat. Es wäre auch vernünftig, Putin wieder zu den Treffen der G-7 einzuladen. Man löst keine Probleme, indem man sich anschweigt.

Drittes Beispiel: China. Dort hat sich unter Partei- und Staatschef Xi Jinping die Repression deutlich verschärft. Peking verbittet sich jede Einmischung, duldet keine Kritik, wenn Bürgerrechtler drangsaliert, Anwälte verhaftet und Journalisten zensiert werden. Die Sorge vor einer Belastung der Beziehungen und vor dem Verlust von Aufträgen darf den Westen jedoch nicht davon abhalten, Menschenrechtsverletzungen zur Sprache zu bringen. Und wenn der Ständige Schiedshof in Den Haag Chinas Territorialansprüche im Südchinesischen Meer in toto zurückweist, nur um dann aus Peking zu hören, das Urteil der Haager „Rechtsverdreher“ sei „null und nichtig“, dann hat der Westen, hat auch die deutsche Außenpolitik die Pflicht klarzustellen, dass Völkerrecht und Seerecht auch für die Volksrepublik gelten.

„Klare Kante“ also auch hier. Andererseits weiß jedermann, dass es ohne Peking weder eine gesunde Weltwirtschaft noch ein gesundes Weltklima geben kann. Am Dialog mit Diktaturen führt kein Weg vorbei. Dass wussten nicht nur die Ostpolitiker Willy Brandt und Egon Bahr („Wandel durch Annäherung“). Das wusste auch ein Kommunistenfreser wie Richard Nixon. Bevor er im Februar 1972 zu Mao Zedong nach Peking reiste, notierte er als Richtlinie seiner Verhandlungen auf einem Zettel die schlichte Frage: „What do they want, what do we want, what do we both want?“ Im Grunde ist das die Essenz aller Diplomatie.

Härte und Kompromissuche zugleich: Zuletzt hat das funktioniert beim Nuklearabkommen mit dem Iran. Über viele Jahre hatte der Westen schmerzhaft Wirtschaftssanktionen verhängt, weil Teheran fortwährend die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates verletzte, die den Bau von Atomwaffen durch das iranische Regime verhindern sollten. Am Ende haben die Sanktionen das Regime einlenken lassen, auch wenn Teheran diesen Zusammenhang bestreitet. Der Westen verhängte aber nicht nur Sanktionen, er schmiedete auch eine globale Allianz einschließlich Chinas und Russlands. Geschickter Diplomatie ist es so gelungen, ein Abkommen zu erreichen, dass den Bau einer iranischen Bombe für mindestens die nächsten zehn Jahre verhindert.

Kluge Außenpolitik muss vermeiden, dass die Verteidigung unserer Werte und die Vertretung unserer Interessen in einen unauflösbaren Gegensatz zueinander geraten. Bei massiven Menschenrechtsverletzungen, bei Angriffskrieg und Genozid, bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit kann es nichts anderes geben, als „klare Kante“ zu zeigen. Viele Völkerrechtler sprechen heute von einer „responsibility to protect“ – von einer Schutzpflicht gegenüber den Menschen in anderen Staaten, deren Regierungen diesen Schutz nicht gewährleisten wollen oder können.

Aber Vorsicht bleibt geboten. Der „Arabische Frühling“ mit seinem Freiheitsversprechen hat regelrecht dazu eingeladen, gegen die im Mittleren Osten herrschenden Autokraten „klare Kante“ zu zeigen. Bei der Intervention in Libyen beriefen sich in Washington viele Politiker auf die „responsibility to protect“. Der Sturz Gaddafis hat das Land allerdings nicht befriedet, im Gegenteil. US-Präsident Barack Obama hält das schlecht vorbereitete Eingreifen in Libyen für seinen größten außenpolitischen Fehler. Das Chaos in Libyen ist einer der Gründe, warum er sich bis heute weigert, in Syrien militärisch zu intervenieren.

Seine Zurückhaltung – nicht nur in Syrien – ist Obama als Schwäche, als Verzicht auf den amerikanischen Führungsanspruch ausgelegt worden. Tatsächlich zieht er es vor, Amerikas Interessen mit diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln durchzusetzen. „Bomben auf jemanden zu werfen, nur um zu zeigen, dass man bereit ist, Bomben auf jemanden zu werfen, ist so ziemlich der schlimmste Grund, Gewalt anzuwenden“, sagt Obama.

„Klare Kante“ – ja, wenn damit eine klare Haltung gemeint ist. Ohne funktionierenden moralischen Kompass verliert die Außenpolitik Richtung und Ziel. Nein, wenn das Motiv allein moralischer Rigorismus ist. Dieser hat die Welt schon oft genug ins Unglück gestürzt.

Matthias Naß ist Internationaler Korrespondent der ZEIT.